



**KOSTENLOS**

# Gegenwind

**Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz**

Gegenwind 202

Wilhelmshaven

Oktober 2004

## Sterntaler

**OB Menzel: "Die Weichen sind umgelegt" - Das Geld wird in Kürze nur so in die Stadtkasse sprudeln - alles läuft wie von selbst! -Seite 3-**



## Erörterung

Was geschieht auf den Grodenflächen? 1,4 Milliarden will die chemische Industrie investieren. Wir bringen einen ersten Überblick über die geplanten Maßnahmen auf Seite 3.

Erörterungsmarathon: Siebzig Stunden verbrachten die Planer und Gegner des JadeWeserPorts zusammen in der Stadthalle. Geklärt wurde wenig - die Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort muss über rechtliche Schritte nachdenken. Seite 4 - 6.

Noch ein Gegenwind-Dauerbrenner: Auf Seite 7 geht es einmal wieder um die Südzentrale. Die Bagger rissen bisher zwar nur einige Nebengebäude ab, doch die Gesamtstimmung bei Wirtschaftsförderung und Hafengewirtschaft: Daumen nach unten!

"Die Reformlüge" heißt ein Buch von Albrecht Müller. Wir haben es gelesen und laden auf Seite 8 zu einer Veranstaltung ein.

Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit stellte sich im Pumpwerk den Fragen Wilhelmshavener Bürger. Auf Seite 9 berichten wir über eine Partei neuen Typs.

Eine Sportseite im Gegenwind? Wir berichten auf Seite 10 über den 4. Ems-Jade-Lauf. Dass es dabei nicht nur um den sportlichen Wettkampf geht, dürfte wohl klar sein.

Hartz IV und Arbeitslosengeld II - diesmal geht es nicht um die Montagsdemo, sondern um eine Veranstaltung der ALI mit dem Leiter der Arbeitsagentur Wilhelmshaven. Brisante Fragen auf Seite 11.

Die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung sollten bekanntlich die Lohnnebenkosten senken. In Wahrheit werden aber die Löhne gesenkt. Beispiele auf Seite 12.

# meldungen

## Fahrplanfrust

Am 26. August schrieb uns ein Wilhelmshavener Busfahrer ins Internet-Diskussionsforum, dass "zwei von uns ... schon das Handtuch geworfen haben". Es werden immer mehr. Mitte September verlaute aus gut unterrichteten Kreisen, dass schon drei Busfahrer gekündigt haben. Mittlerweile haben die Wilhelmshavener Verkehrsbetriebe erfreulicherweise einige der in unserem Artikel "Frust und Geblubber" im Gegenwind 201 genannten Kinken beseitigt. Zum 13. September gab es einen neuen Fahrplan, der auf den Strecken, die sich zwangsläufig schon in Rennstrecken verwandelt hatten, längere Fahrzeiten vorsieht.

Die Notwendigkeit für die Verkehrsbetriebe, mit wenig Geldeinsatz viel einzunehmen, besteht nach wie vor. Schließlich will die Stadt 2 Mio. Euro jährlich von ihnen haben. Wo kann man noch sparen? Die Stadtwerke haben ihre eigene Werkstatt, in der u.a. die Busse gewartet und instand gehalten werden. Die ist, wie die Leitung meint, nicht ausgelastet. Die Handwerker sind aber schon so lange bei den Stadtwerken beschäftigt, dass sie nicht kündbar sind. Ein Schlosser, der zum Busfahrer ausgebildet werden sollte, gab diese "Umschulung" jedoch schon nach zwei Tagen wieder auf und ging in die Werkstatt zurück. (noa)





**Reparaturen  
aller Fabrikate**  
spez. Volvo und Renault

Reifendienst  
Achsvermessung  
TÜV/AU  
Abschleppdienst  
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel  
Tel. 04425 990870 Fax 990872  
www.tenge-strohbach.de

**Tenge & Strohbach**  
Kfz-Technik

## Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **4,50 %** bei  
100 % Auszahlung  
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**  
anfänglich effektiver  
Jahreszins: **4,59 %**

Zins p.a.: **4,95 %** bei  
100 % Auszahlung  
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**  
anfänglich effektiver  
Jahreszins: **5,06 %**

### Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:  
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

## Erlebniswelt Wilhelmshaven

Wie in jedem Jahr fand in Wilhelmshaven der traditionelle City-Markt statt. Laut Ankündigung haben sich zum 30. City-Markt Handel, Gastronomie und Dienstleister einiges an Aktionen einfallen lassen. Das Gauklerfest war wohl die Attraktion überhaupt. Aber wo waren die angekündigten Aktionen der Händler, Gastronomen und Dienstleister? Wieder mal nur Stände mit alten Ladenhütern wie in den vergangenen Jahren. Händler, die ihre Ware nicht nur am Citymarkt, sondern sowieso beim ersten Sonnenstrahl draußen feilboten. Wurst- und Getränkestände stets an den gleichen Stellen. Also nichts Neues!

Denkt man auch mal an die Kinder in unserer Stadt? Nur ein einziges Karussell und eine Popcornbude lassen die Kinderherzen nicht gerade höher schlagen. Und außerdem: Wo war eine so genannte Schlemmermeile, in der vielleicht kulinarische Spezialitäten aus unserer Region angeboten werden? Andere kleinere Städte machen dieses immer wieder vor. Statt dessen wurde bei diesen sommerlichen Temperaturen Grünkohl mit Pinkel verkauft.

In der Bahnhofstraße wurde kaum etwas geboten, obwohl ja Platz genug vorhanden ist. Der Börsenplatz wurde mal wieder nicht mit einbezogen.

Liegt es vielleicht an den hohen Standgebühren, die ja zwischen 200,- und 300,- Euro und mehr betragen? Hauptsache hohe Gebühren, die Stadt braucht ja Geld. So wird der Zuspruch von Jahr zu Jahr weniger in dieser Stadt, die ja angeblich das ganze Jahr erstklassigen Unterhaltungswert bietet - "Erlebniswelt Wilhelmshaven"!

Wie wäre es z.B. mit freiem Parken an solchen Tagen? Damit könnte man den Besuchern wenigstens die Strafzettel ersparen. Denn dieses Geld dürfte für manche Besucher nicht mehr übrig sein, weil dieser ohnehin schon für die eine oder andere Gaumenfreude horrenden Preise gezahlt hat.

So war es wohl für manche Besucher wieder ein ganz normaler Stadtbummel. Nun kann unserem alljährlichen Weihnachtsmarkt mit Freude entgegengesehen werden. Man darf gespannt sein, was sich die Stadt in diesem Jahr einfallen lässt, um sich die Gäste fern zu halten. Ja, ja "Erlebniswelt Wilhelmshaven"! (sl)

## Sehr verärgert

Ist die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland (ALI) über Ursula Aljets (SPD). Sie hatte per "WZ" verbreitet, die ALI rufe zum Boykott der Anträge auf Arbeitslosengeld II auf. Dazu schreibt die ALI:

*Der Vorwurf der Bürgermeisterin und Sozialausschussvorsitzenden Ursula Aljets ist aus der Luft gegriffen und unqualifiziert. Wir weisen den Vorwurf aufs Schärfste zurück. Was Frau Aljets damit im Schilde führt, ist uns unklar. Will sie die Betroffenen noch mehr verunsichern oder will sie - zumindest bei den Betroffenen - stark besuchte Organisationen in Verruf bringen? Wir wissen es nicht, mit uns hat sie darüber nicht gesprochen.*

*Die Arbeitsloseninitiative hat noch nie dazu aufgerufen, die Anträge zur Grundsicherung für Arbeitssuchende zu boykottieren, und uns ist auch kein anderer Verband bekannt, der jemals dazu aufgerufen haben soll. Woher Frau Aljets ihre Kenntnisse hat, ist uns unklar.*

*Wir möchten noch einmal klar stellen, wie unsere Aussage lautet:*

*Vorsicht beim Ausfüllen der Anträge. Diejenigen, die einen Antrag stellen wollen, sollten sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen und Ruhe bewahren. Sie sollten sich zunächst ausführlich informieren und beraten lassen, dann alles Notwendige regeln und dann erst den Antrag ausfüllen und einreichen.*

*Warum geben wir diese Empfehlung? Weil es erhebliche Kritikpunkte im Datenschutz und einigen wichtigen Fragen im Antrag gibt, die im Vorfeld geregelt werden müssen.*

*In Zusammenarbeit mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten sind bereits einige Veränderungen im Antragsformular herbeigeführt worden, z.B. bei den Daten zur gemieteten Wohnung oder bei den Verdienstscheinigungen, die der Arbeitgeber der Angehörigen ausfüllen muss. Veränderungen wird es auch geben bei der Bedarfsgemeinschaft und Haushaltsgemeinschaft, ganz zu schweigen von der Altersvorsorge, die in einem neuen Vertrag geregelt werden sollte. (noa)*



Herausgeber: GEGENWIND-Verein  
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 99 49 90  
Fax: 0180-5060 3441 9546  
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Arne Schulz, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;  
Druck: Beta-Druck; Auflage: 4.500 Exemplare  
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,  
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63  
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)  
jeweils zum Monatsbeginn  
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 07.10.2004

**Gegenwind im Internet:  
www.gegenwind-whv.de**

\*\*\*\*\*  
*Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.*  
\*\*\*\*\*

# Mütter Zentrum

Werftstr. 45  
Tel. 506 106

## Termine:

### Frühstück

Mo bis Fr 9.30 - 11.30 Uhr  
Sonntag 9.30 - 13.30

### Mittagstisch

Mo - Fr 12.00 bis 13.30  
- Internationale Küche  
- Vegetarisch auf Anfrage  
- Bitte vorher anmelden

### Kreativ- werkstatt

basteln - nähen - stricken ...  
Jeden Dienstag von 10.00 -  
12.00 Uhr

### Frauenpower

ein Angebot zur  
Förderung der Beweglichkeit,  
Muskelaufbau und  
Entspannung  
Jeden Dienstag  
von 19 - 20.30 Uhr  
Anmeldung erforderlich  
3 € pro Treffen

### Öffnungszeiten

## Café MüZe:

Sonntag - Freitag  
9.30 - 13.30 Uhr

# Riesenschritte

## Wilhelmshavens rosige Zukunft

(hk) "Chemie-Pläne: Riesenschritt für die Region", "Chemie-Pläne: Großer Schritt nach vorn steht bevor" - so und ähnlich sprangen die Schlagzeilen der Wilhelmshavener Zeitung in den letzten Wochen der Bevölkerung ins Auge. Was ist denn da los?

Es geht um Investitionen von 1,4 Milliarden Euro - davon rund 800 Millionen allein durch den ICI-Nachfolger INEOS. Weiter geht es um den Bau einer Ethylen-Pipeline nach Marl (ca. 100 Mio.) und um öffentlich nicht näher dargestellte Vorhaben der lokalen und internationalen Chemiebetriebe. Diese Vorhaben schwirren schon seit mehreren Jahren durch die Chefetagen der Industrie und die Büros der Ministerialbürokratie.

Als größtes Hindernis für die Realisierung der ehrgeizigen Chemiepläne wurde der Energiepreis benannt. Bekanntlich ist Deutschland für knapp ein Viertel der Treibhausgasemissionen in Europa verantwortlich und damit der größte Treibhausgasverursacher in der EU (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 28.07.2004). Die Pläne der Bundesregierung, den Anteil der Emissionen zu reduzieren, hatte natürlich Auswirkungen auf den Strompreis. Und das brachte die energieintensive chemische Industrie, wie z.B. das Chlorgaswerk auf dem Rüstersieler Groden, auf die Palme. Parallel zu den öffentlich wirksamen Schließungsdrohungen wurde eine intensive Lobbyarbeit betrieben.

Im September 2003 konnte die SPD-Bundestagsabgeordnete Evers-Meyer dann den ersten Vollzug melden: Für das INEOS-Chlor-Werk wird die Härtefallregelung in Anwendung kommen. Statt erwarteter 3,0 Mio. Energiesteuern (ca. 5% des Umsatzes) wird das Chlorwerk zukünftig man gerade noch 1,2 Mio. Euro (ca. 2% des Umsatzes) berappen müssen. Im April 2004 gab es noch einen Nachschlag von Frau Evers-Meyer: "Die neue Härtefallregelung bringt massive Entlastungen für die stromintensive Industrie hier vor Ort. Die für Investitionen dringend notwendige Planungssicherheit ist damit gewährleistet. Die Unternehmen können sich jetzt dem internationalen Wettbewerb stellen. (...) Für die besonders stromintensive Industrie (mehr als 100 GW/h Stromverbrauch) wie z.B. INEOS in Wilhelmshaven sind noch weitere Reduzierungen vorgesehen: Unternehmen wie INEOS werden bereits ab der ersten Gigawattstunde entlastet." Nun hatte die Industrie also ihr Ziel erreicht: Der Rohstoff Strom wird beinahe zum Nulltarif geliefert. Und wie versprochen wurden jetzt auch wieder die 1,4 Milliarden Investitionen aus der Schublade gezogen.

Schon im Jahre 2001 wurde der erste Schritt in der Studie 'Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven des Jade-Weser-Raums unter besonderer Berücksichtigung des geplanten Jade-Weser-Ports' des Bremer und niedersächsischen Institutes für Wirtschaftsforschung dargestellt:

*Der erste Schritt in Richtung eines Ausbaus des Chemiestandortes Wilhelmshaven besteht in der Verlegung der Chlorproduktion auf dem Voslapper Groden, die den Anstoß zu einer Modernisierung und Erweiterung der Produktionskapazitäten bildet. Produktionstechnisch hätte dies den Vorteil, das alte, im Jahr 2010 auslaufende Produktionsverfahren auf Quecksilberbasis aufgeben zu können. Mit einem Investitionsvolu-*

*men von rd. 500 Mio. DM würden etwa 200 Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. gesichert werden. Die Erhöhung der Kapazität der Chlorproduktion am Standort Wilhelmshaven ist eine Voraussetzung für einen Ausbau der nachgelagerten PVC-Produktion.*

Das heißt nichts weiter, als dass ein altes Werk und die den JadeWeserPort behindernde Chlorgasleitung abgerissen werden und ein schmuckes neues Werk (mit den entsprechenden Fördermillionen) errichtet wird.

Da dieses neue Werk mehr Chlorgas als das alte produzieren soll, will man auch gleich die PVC-Produktion erhöhen. Und dafür braucht man den Rohstoff Ethylen, der bisher kostenträchtig per Schiff angelandet wird. Da bietet es sich natürlich an, eine Pipeline zu bauen, um kostengünstiger an das Ethylen zu kommen. Damit würde sich ein alter Traum der chemischen Industrie, die Vernetzung der Produktionsanlagen von Ost nach West und von Süd nach Nord, erfüllen.

Wir zitieren wieder aus dem Gutachten von 2001:

*Eine dauerhaft wettbewerbsfähige Steigerung der PVC-Produktion setzt den kostengünstigen Bezug größerer Mengen Ethylen voraus, was aus Sicht der betroffenen Unternehmen im ersten Schritt nur durch eine Produkten-Pipeline-Anbindung an einen großen Ethylen-Hersteller (Cracker) gewährleistet werden kann. In Marl wird die Veba einen Jumbo-Cracker bauen, für den die Abnahme von ca. 400.000 t Ethylen noch nicht durch Vorverträge gebunden ist, so dass die Belieferung eines norddeutschen Standortes mit dieser Menge möglich wäre. (...)*

*Folgen sollte die Schließung der vorhandenen Lücken zu einem Produktpipeline-Netz, das neben der Verbindung Marl-Wilhelmshaven längerfristig durch eine Trasse von Groningen über Wilhelmshaven nach Stade und Brunsbüttel ergänzt wird. Im Sinne einer möglichst weitgehenden Flexibilität im Produktaustausch passen hierzu auch Pläne, Stade mit ostdeutschen Standorten zu verbinden.*

Nun fehlen noch einige hundert Millionen an 1,4 Milliarden Euro. Die sollen zum Einen in den Ausbau der PVC-Produktion fließen (KFZ-Teile, Verpackungen, CDs, Glasfaserkabel usw.), gleichzeitig will man aber auch noch einen Cracker bauen, um Ethylen vor Ort herstellen zu können. Das macht eigentlich keinen Sinn - man hat ja schon die Pipeline. Nun verfügt Wilhelmshaven über einen Wasseranschluss - und da könnte das produzierte Ethylen mit Schiffen an andere Chemiestandorte geliefert werden, die noch nicht an die große Ringleitung angeschlossen sind.

Erstaunlich ehrlich ist die Presse in der momentanen Propagandaoffensive in Bezug auf die Arbeitsplätze: Es "könnten einige hundert Arbeitsplätze entstehen." (WZ v. 21.09.2004) Und "mindestens der Erhalt einiger hundert Arbeitsplätze", hieß es dann am 23.09.2004.

Da gibt es wieder viel zu tun!

# Containermanie

Seit einigen Jahren wird in der Wilhelmshavener Zeitung über jeden umgekippten Container in China oder Tauberbischofsheim groß und breit berichtet. Jeder LKW, der einen Container transportiert, wird abgelichtet, vom Oberbürgermeister persönlich begutachtet und ins Goldene Buch der Stadt eingetragen. In Wilhelmshaven ist eine Containermanie ausgebrochen. Der geplante JadeWeserPort wird alle Probleme lösen - ein Paradies auf Erden steht ins Haus! Da kümmert es nur wenig, dass es Genehmigungsverfahren, dass es Gesetze gibt, die solche Projekte nicht nur den zielorientiert arbeitenden Gutachtern überlassen, sondern auch eine Beteiligung der Bürger und Verbände vorsehen.

Doch die Damen und Herren aus Politik, Wirtschaft und Presse wissen schon, dass sie sich auf ihre Genehmigungsbehörden verlassen können. Also können sie auch so agieren, wie sie agieren - "Was kümmert's mich?"

Das Planfeststellungsverfahren war für diese Leute nichts weiter als ein lästiges Zwischenspiel. Wilhelmshavens Pressefürst Westerhoff ließ sich gar zu recht üblen Beschimpfungen der Port-Gegner hinreißen. Man fühlte sich in Zeiten zurückversetzt, in denen ein Oberstadtdirektor Eickmeier und der WZ-Redakteur Heinz Gerken ihre Jauche über die Umwelt- und Naturschützer ausgossen.

Dass alles nicht so eitel Sonnenschein ist, wie man es uns glauben machen will, belegen die folgenden drei Artikel zum Erörterungstermin des Planfeststellungsverfahrens. (hk)

## Erörterungsmarathon

### JadeWeserPort: Siebzig Stunden Beschäftigung mit dem Planfeststellungsantrag ergaben Zuwachs an Klärungsbedarf.

(jm) Es begann mit einem Irrtum: Wer geglaubt hatte, seine schriftlich eingesandten Einwände würden seitens der Antragsteller des JadeWeserPort-Vorhabens Punkt für Punkt beantwortet, sah sich getäuscht. Die wiederholten ihre aus den Antragsunterlagen bekannten Auffassungen unbeeindruckt von den tausenden schriftlich dagegen vorgebrachten Einwänden. So mussten die Einwander mündlich noch mal ganz von vorne mit ihren den Antragstellern (Behördendeutsch: Vorhabensträgern) bekannten Gegendarstellungen beginnen...

Für nicht erforderlich hielt die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung eine wiederholt von verschiedenen Seiten geforderte Risikoanalyse zu den neuen Schiffsverkehren - darunter hypothetische Megacarrier bis 430 m Länge - unter Berücksichtigung des Gefahrenpotenzials der auf der Jade verkehrenden Supertanker und der Masse an Ölprodukten-, Chemikalien- und Flüssiggastankern.

Den Einwander reichte der Nachweis, dass es möglich sei, mit solch einem Schiff die Jade zu befahren, nicht aus. Sie wiesen auf Empfehlungen der anerkannten "International Navigation Association" (Akronym: PI-ANC) und geltende Verkehrsrestriktionen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung hin, die bei den durchgeführten "Trockenübungen" in Simulationsanlagen nicht beachtet wurden.

Selbst 170 durchgeführte Simulationsläufe würden nicht ausreichen, um eine Herabsetzung des Sicherheitsniveaus des Schiffsverkehrs auf der Jade zu rechtfertigen. Beantwortet wurden eine Risikoanalyse und ein Risikovororgekonzept, in denen auch dem für die Jade charakteristischen Verkehrsaufkommen, wie zum Beispiel dem der verschiedenen gefährlichen Massengüter, Rechnung getragen wird.

Auch auf Landesseite hielt die Bezirksregierung Weser-Ems (noch zuständige Mittelbehörde der Nds. Landesregierung) ein Raumordnungsverfahren für nicht erforderlich.

Bei anderer Gelegenheit wird von der Landesregierung schon mal der entgegen-

gesetzte Standpunkt vertreten: "Erstens ist sicher ein Raumordnungsverfahren erforderlich. Danach muss zweitens das förmliche Planfeststellungsverfahren vorbereitet werden." (Staatssekretärin im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Dr. Birgit Grote, am 18.02.2000 bei der Vorstellung einer Projektstudie zum JadeWeserPort vor dem Deutschen Verkehrsforum.)

Aber solche Aussagen sind mit dem laufenden Planfeststellungsverfahren genauso wenig kompatibel wie das bunt gebildete "Informationsmaterial" der Wilhelmshavener Hafenplaner, mit denen sie den JadeWeserPort als Gesamtprojekt mit riesigen Ausbaupotentialen und seinen strukturellen Auswirkungen auf das Hinterland verkaufen wollen.

Bei dieser Erörterung backt der Vorhabensträger (das Land Niedersachsen, vertreten durch die JWP-Realisierungsgesellschaft) lieber ganz kleine Brötchen:

*Kanalisation der Kaiserbalje? - Brauchen wir nicht!*

*Bebauung des Voslapper Grodens? - Ist Sache der Stadt Wilhelmshaven; wir brauchen den nicht!*

*Ausbau des JWP auf 10 km Kailänge mit 24 Schiffs Liegeplätzen? - Beantragt ist ein JWP von 1,7 km Kailänge mit 4 Liegeplätzen, den wir wirtschaftlich (sic!) betreiben können. Bis zur Endausbaustufe ist es noch 50 - 60 Jahre hin.*

*Ausbau der Hinterlandverbindungen*

*Schiene/Straße angesichts zukünftigen Verkehrsaufkommens bei Erweiterung des JWP um weitere Baustufen? - Wir planen einen Hafen, für den die bestehende Hinterlandverbindungen ausreichend sind. Alles andere ist Sache der Bahn und der Straßenplaner.*

Damit war der enge Rahmen der Planfeststellung abgesteckt, der die WZ offenbar zu der offiziellen Unmut erzeugenden Feststellung verleitete, 1.900 Einwendungen seien durch den Rost gefallen...

Bei der Planrechtfertigung vollzog man dagegen eine Kehrtwendung, indem man langfristig denkbare Entwicklungen auf das Jahr 2010 vorzuverlegen suchte:

Platzmangel in Bremerhaven und Hamburg, die Schiffsgrößenentwicklung und -tiefgänge erforderten einen deutschen Tiefwasserhafen bis 2010!

Den Entgegnungen von Vertretern der anwesenden Umweltverbände, dass nach gegenwärtigem Wissenstand sowohl in Hamburg als auch in Bremerhaven noch Kapazitätsreserven bis 2020 bestünden, wurde erwidert, dass ohne den JWP schon ab dem Jahre 2010 erste Abkehrreaktionen der Reeder von den deutschen Häfen zu erwarten seien.

Unterschiedlicher Auffassung blieb man auch bei den zu erwartenden Schiffstiefgängen. Offenbar haben die Einlassungen der Einwander den Antragsteller in Person von Helmut Werner, Geschäftsführer der JWP-Realisierungsgesellschaft, stark beeindruckt, denn dieser brachte unvermittelt zunehmende Schiffslängen ins Spiel, die zukünftig ein Problem für Elbe und Weser darstellen würden.

Bemängelt wurde von den Einwander, dass der Antragsteller keine Kosten-/Nutzenrechnung vorgelegt habe. Das sei auch nicht erforderlich, meinten die Anwälte des Antragstellers. Dies wurde von dem Vertreter des Fördervereins "Rettet die Elbe" mit dem Hinweis auf die Rechtslage in Hamburg angezweifelt. Die Planfeststellungsbehörde gab dazu kund, dass nach Bundeswasserstraßengesetz keine Kosten-/Nutzenrechnung vorgelegt werden müsse.

Bezweifelt wurden auch die Arbeitsplatzangaben des Antragstellers im Terminal. Diese Zahlen erschienen im Vergleich zu anderen modernen Terminals total überhöht.

Zudem wäre der JadeWeserPort - er hätte ja nicht von ungefähr diesen Namen - nur eine weitere Ausbaustufe der Bremerhavener Container Terminals auf Wilhelmshavener Boden. Von dort aus würde er bearbeitet und mit Arbeitskräften versorgt. Die Erfahrung in Bremerhaven zeige aber, dass sich durch den Terminalausbau die Arbeitsplatzzahlen nur minimal erhöhten.



An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics  
u.v.m.  
Bahnhofstr. 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
Tel.: (04421) 4 21 84

Der Antragsträger behauptete zudem, dass 3.000 bis 3.800 direkte und indirekte Arbeitsplätze innerhalb von 10 Jahren entstehen würden. Dagegen wurde angeführt, dass in Bremerhaven trotz Umschlagwachstums die indirekten Arbeitsplätze allein im Bereich Lagerei, Spedition, Kühlhäuser innerhalb von sieben Jahren von 905 auf 292 gesunken wären - also um mehr als 2/3 abgenommen hätten...

Offen blieb die Frage über das Ausmaß und die räumliche Ausdehnung der durch den Bau des JWP bewirkten Strömungsverlagerungen und die dadurch ausgelösten hydromorphologischen Umbauprozesse im Jadegebiet samt seinem Wattenmeerumfeld. Das Bundesamt für Wasserbau (BAW) meint dagegen, auf Grund einer Kurzzeituntersuchung feststellen zu können, dass sich nur im Nahbereich des JadeWeserPorts Veränderungen der Strömung ergeben.

Das rief zahlreiche Gemeinden, Landkreise, Fischer, Segler, Umweltverbände und auch das Wasser- und Schiffsamt auf den Plan, die mögliche nachteilige Veränderungen ausgeglichen haben wollen und entsprechende Beweissicherungsverfahren beantragten. Auf die Frage, welche materiellen Folgen eine Schädigung des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer nach sich ziehen würden, wurde von der Bezirksregierung Weser-Ems beschieden, dass dafür dann Ausgleichsflächen geschaffen werden müssten.

Nicht so leicht abzubügeln war der Kraftwerksbetreiber e.on, der sich Gutachten hat erstellen lassen, aus denen hervorging, dass das erwärmte Kühlwasser des Werks nicht mehr ungehindert vom Ebbstrom davongetragen werden könne, weil durch den Vorbau des JWP in die Jade ein Strömungsstau entstehe. Dadurch würde sich das Wasser im Bereich der Kühlwasserentnahmestelle erhöhen. Dies hätte schon bei einer durchschnittlichen Wassertemperatur zu Folge, dass das Kraftwerk die Leistung zurückfahren müsse, weil die e.on verpflichtet sei, bestimmte Temperaturgrenzwerte einzuhalten. Bei starker Erwärmung der Jade im Hochsommer müsse das Werk sogar ganz abgeschaltet werden. Der JadeWeserPort würde somit den Bestand und die Ausbauposition des Kraftwerkstandortes Wilhelmshaven und die dortigen 200 Arbeitsplätze gefährden.

Damit nicht genug, fuhr die Gemeinde Butjadingen mit Prof. Ulrich Zanke vom Institut für Wasserbau und Wasserwirtschaft an der TU Darmstadt das nächste Kaliber auf:

Dieser demonstrierte an Hand einer Langzeituntersuchung die Wechselwirkungen zwischen der durch den JWP veränderten Tideströmung und dem dadurch ausgelösten Umbau des Jadegrundes. Letztere schaukeln sich demnach immer weiter auf und werden sich nach sechs Jahren über das gesamte Hohewegwatt hinweg bis hin zur Weser ausbreiten.

Die Erörterung musste durch lange Beratungen unterbrochen werden, bis man sich schließlich darauf verständigte, dass Prof. Zanke seine Untersuchungsmethodik bis zum 10. Oktober vorlegt.

Obwohl aus dem Planfeststellungsverfahren ausgeklammert, setzten die Einwender die Zukunft des Voslapper Grodens wieder auf die Tagesordnung. Sie verwiesen darauf, dass unnötig Eisenbahngleise im Vogelschutzgebiet verlegt werden sollen

und es der Verlärmung durch den Hafenerweiterungsbetrieb ausgesetzt werde.

Die Einwender sprachen sich dagegen aus, dass der Eingriff in Natur und Landschaft, den der Hafenerweiterungsbau darstellt, ortsfrem bei Wittmund kompensiert werden soll statt vor Ort, durch Erhalt des Voslapper Grodens als Vogelschutzgebiet.

Die Planfeststellungsbehörde - die Wasser- und Schiffsdirektion Nordwest (WSD) - hat nun als Genehmigungsinstanz die

## Ein Eigentorfestival

### Von Manfred Berger, "Bürger gegen den JadeWeserPort"

Mit dem Erörterungstermin vom 6. bis 17. September wollten die JadeWeserPort-Planer einen weiteren Schritt in Richtung Hafenerweiterung machen; bedingt durch die Qualität der Antragsunterlagen und die Präsentation während des Erörterungstermins haben sich die Planer selber um drei Schritte zurückgeworfen.

Mehr als 2.700 Einwender haben mit ihren schriftlichen Einwendungen auf Schwachpunkte und Fehler der Antragsunterlagen zum JadeWeserPort hingewiesen. In einem Sitzungsmarathon von 8 Tagen wurden circa 70 Stunden lang Informationen und Meinungen ausgetauscht; unterschiedliche Positionen wurden diskutiert oder nur zu Kenntnis genommen.

Drei Diskussionsleiter der Wasser- und Schiffsdirektion aus Aurich und ca. 30 Gutachter, Fachleute und Rechtsanwälte der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft saßen bis zu 250 Einwendern gegenüber.

Die Anwesenheit von Wilhelmshavener Ratsvertretern ließ sich mit der Eieruhr messen. Lediglich drei Ratsvertreter haben für kurze Zeit die kontroversen Diskussionen stumm verfolgt. Einzige Ausnahme war Ratsherr Joachim Tjaden (WALLI), der an allen Verhandlungstagen anwesend war. Er hat durch seine präzisen und fundierten Beiträge den Erörterungstermin wesentlich mitgestaltet.

Die Frage der Wirtschaftlichkeit eines zusätzlichen Containerhafens an der Deutschen Nordseeküste wurde kontrovers diskutiert. Diese Frage ist aber nicht Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens und wird somit von der Wasser- und Schiffsdirektion Nordwest nicht bewertet. Aber gerade die Wirtschaftlichkeit und damit die Planrechtfertigung für den JWP ist nicht nachgewiesen.

Ich halte es für zwingend erforderlich, dass die Planfeststellungsbehörde den volkswirtschaftlichen Nutzen, die Notwendigkeit sowie die Wirtschaftlichkeit dieses Hafens prüft, bevor sie den Antrag auf Planfeststellung zulässt. In der derzeitigen Finanzsituation des Landes Niedersachsen grenzt es an sträflichem Leichtsin, dem Steuerzahler ein 600 Mio. Euro Projekt ohne erkennbare Gegenleistung zuzumuten.

Die vorgelegten Antragsunterlagen haben zwar einen Umfang von 12 Aktenordnern, sind aber dennoch nicht vollständig. Weit über 1.000 weitere Unterlagen werden in diesem Antrag hinzugezogen. Aber gerade diese Unterlagen stehen nur zum Teil der Öffentlichkeit zur Verfügung. Eine vollständige Bewertung des Projektes ist damit nicht möglich.

Wesentliche Auswirkungen dieses Projektes wurden nicht oder nur unzureichend

Mammutaufgabe, die Angaben des Antragstellers an Hand der Einwendungen Punkt für Punkt hinsichtlich ihrer Belastbarkeit zu überprüfen. Und wenn nicht alles täuscht, dann wird sie jede Menge von Belegen für die Unbedenklichkeit des Planfeststellungsantrags einfordern müssen, bevor sie einen Planfeststellungsbeschluss fasst - die Antragsunterlagen scheinen nämlich alles andere als gerichtsfest zu sein...

und einseitig untersucht. So ist der gesamte Bereich der Umweltmedizin nicht berücksichtigt worden. Krankheiten, die durch zusätzliche Lärm- oder Stressfaktoren hervorgerufen oder verstärkt werden, stellen aber einen extremen volkswirtschaftlichen Schaden dar.

Der "Unterhaltungswert" dieses Erörterungstermins stieg bei dem Gutachterstreit zwischen der Bundesanstalt für Wasserbau aus Hamburg und Prof. Dr.-Ing. Ulrich Zanke von der TU Darmstadt deutlich an. Unterschiedliche Auffassungen über kurzfristige Vorhersagen oder langfristige Prognosen bei der morphologischen Veränderung des Jade-Weser-Ästuars machten deutlich, dass die WSD in Betracht ziehen muss, dass ein vollständiger Umbau des hydromorphologischen Systems zum Nachteil des Nationalparks "Niedersächsisches Wattenmeer" möglich ist. Die Bundesanstalt für Wasserbau glaubt, dass sich im Bereich der Jade nur geringfügige Änderungen ergeben werden. Prof. Zanke ist davon überzeugt, dass tiefgreifende Veränderungen bis in die Weser hinein zu erwarten sind.

Es wird zwar ein Hafen geplant, und damit liegt es nahe, die Wasser- und Schiffsdirektion (WSD) mit der Betreuung dieses Verfahrens zu beauftragen. Der Erörterungstermin hat deutlich gemacht, dass der Containerhafen nur den Endpunkt der Planungen markiert. Die überwiegende Anzahl der entstehenden Probleme befindet sich auf der Landseite. Diese Probleme sind aber nicht Gegenstand des Verfahrens. **Ein großflächiges Raumordnungsverfahren unter der Aufsicht der Bezirksregierung kann die Vielzahl der Probleme besser analysieren und bündeln.**

Große Verfahrensfehler wurden bereits im Vorfeld dieser Verhandlung begangen. Gemeinden, die durch die zusätzlichen landseitigen Güterverkehre besonders belastet werden, wurden aus diesem Verfahren ausgeschlossen. Damit wird die Betroffenheit dieser Bürger in diesem Verfahren nicht bewertet.

Eines der Hauptthemen waren die Verkehrsverbindungen. Besonders die Bahnstrecke aus dem geplanten JWP über Sande, Varel, Rastede und Oldenburg war ein Stein des Anstoßes. Diese Strecke führt teilweise weniger als 10 Meter an Häusern



**Fortsetzung "Ein Eigentorfestival"**

vorbei. Dort sollen in Zukunft bis zu 36 Containerzüge mit einer Länge von ca. 700 m überwiegend in den Nachtstunden fahren. Die Bahn AG teilte in einem Schreiben mit: Kein Problem, die Strecke kann den zusätzlichen Güterverkehr mit einer Geschwindigkeit von bis zu 80 km/h zusätzlich aufnehmen.

Aber jeder, der diese Strecke über den Ems-Jade-Kanal durch Sanderbusch kennt, weiß, dass diese Strecke völlig ungeeignet ist. Die Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort" hat beantragt, diese Strecke durch eine unabhängige Gutachterkommission untersuchen zu lassen. Wenn dieses Gutachten bestätigt, dass diese Strecke ohne zusätzliche Baumaßnahmen keine Güterverkehre mehr aufnehmen kann, darf der JWP nicht gebaut werden.

Im Bereich der Straße wurden ähnliche Fehler begangen. Die Verkehrsströme, die in Richtung Autobahn fließen, wurden nicht vollständig erfasst und analysiert. So wurden die Straßentransporte des Müllentsorgungszentrums und des Schlachthofes nicht in die Verkehrsanalyse einbezogen. Diese Fehler haben zur Folge, dass die Autobahn nicht bis in den Hafen verlängert wird, sondern die einspurige Verbindung über die Marktkaufkreuzung bestehen bleibt.

Bei der Analyse der Verkehrslärme wurden die größten Fehler begangen. Es wurde nur ein Teil der Voslapper und Rüsterei Firmen bei der Ermittlung des heutigen Grundlärms berücksichtigt. Da der Zusatzlärm aus dem JWP in den östlichen Bereichen Voslapps sehr hoch sein wird, besteht die Gefahr, dass bei vollständiger Ermittlung der Grundbelastung der JWP nicht in Betrieb genommen werden darf.

Bei der Betrachtung des Gesamtlärms wurde lediglich der Lärm aus dem Containerhafen und dem Hafengroden ermittelt. Diese beiden Lärmquellen zusammen sind so stark, dass der Voslapper Groden nicht mit "Veredelungsbetrieben" bebaut werden darf.

Damit zerplatzt schon wieder eine Seifenblase.

In der Aufteilung in unterschiedliche Plan- und Bauverfahren wird die Salamatik besonders deutlich: Erst einmal den Hafen bauen - alles andere **muss** dann folgerichtig auch durchgezogen werden. Jeder Teilnehmer an diesen Erörterungen sieht dieses Problem, beruft sich aber auf seine "Nichtzuständigkeit".

Die Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort" erkennt in dem Verfahren eine Vielzahl von Ansatzpunkten, um die Rechte der betroffenen Bürger durch deutsche und europäische Gerichte überprüfen zu lassen.

Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion hat während des Erörterungstermins eine offene Diskussion der Betroffenheiten gewährleistet.

# Klagen programmiert

**WALLI hat Forderungen für die Stadt durchgesetzt und damit viel Geld eingespart.**

**Von Joachim Tjaden, Ratscherr der Wilhelmshavener Alternativen Liste - WALLI**

Es ist schon etwas seltsam. Kaum eine der Städte und Gemeinden wagte sich beim Termin der Träger öffentlicher Belange (TöB) etwas zu sagen oder zu fordern. Ganz ruhig blieb die Stadt Wilhelmshaven. Aus der Wilhelmshavener Politik wagten sich Bernhard Rech (ca. drei Stunden), Siegfried Neumann (für eine Stunde) und August Dezenz (ca. 1 Std.) in die Stadthalle. Auch unser OB verfolgte, kaum bemerkt von den Anwesenden, für einige Minuten das Geschehen. So wichtig ist das Thema JWP für die Stadt denn wohl doch nicht.

Vielleicht fühlte sich Wilhelmshavens Spitze aber auch durch die WALLI gut vertreten und verzichtete daher auf diesen Termin. Kaum zu glauben, auch die Vertreter der Stadtverwaltung (Witt und Janssen) stellten keine Forderungen.

Am zweiten Tag mischten sich die WALLI und die BI Bürger gegen den JadeWeserPort in die Diskussion ein, um diesen Termin der Städte und Gemeinden nicht ganz ohne Fragen und Forderungen vergehen zu lassen. Schon die ersten Forderungen der WALLI brachten Leben in Podium und Saal.

Dann kamen auch die Umlandgemeinden aus ihren Löchern. Abgeschmettert wurden sie allesamt. Nicht Bestandteil des Verfahrens, war die ständig wiederholte Antwort des Vorhabenträgers. Ob Wangerland, Zetel, Sande, Jade oder Oldenburg, ihre Probleme sollen sie selber bewältigen. Das Ergebnis dieser Verhaltensweise der JWP-Macher werden diverse EU-Klagen der Gemeinden sein.

Noch saßen sie auf einem hohen Ross, die Damen und Herren der Pro-Seite. Absolutes Feindbild war der zuständige Anwalt des Vorhabenträgers. Mit seiner unerträglichen Arroganz bettelte Füsser förmlich um Schläge.

Interessanter wurde es dann beim zweiten Part mit den Umweltverbänden. Auch hier war, neben den Umweltverbänden und der BI Bürger gegen den JadeWeserPort, die WALLI selbstverständlich in erster Reihe mit dabei.

In diesen zwei Tagen bröckelte das Ansehen der Gutachter erheblich. Immer mehr stellte sich heraus, dass die Angaben in den Gutachten lediglich auf Annahmen beruhen. Kernaussage des Vorhabenträgers: Die Unterlagen müssen vollständig sein, nicht aber richtig. So wurden die angeblich harten Fakten schnell zu Daumenpeilungen, Annahmen und Prognosen degradiert oder stellten sich als vollkommen falsch heraus.

Immer häufiger verloren Werner (Geschäftsführer) und Füsser (Rechtsvertreter) die Fassung. Grund dafür gab es genug. Das Kartenhaus 'Planfeststellungsunterlagen' stürzte allmählich zusammen.

Unter Dauerfeuer gerieten die Befürworter dann beim Termin der privaten Einwender. Bürger aus Wilhelmshaven und dem Umland, die BI Bürger gegen den JadeWeserPort und die WALLI gingen mit dem Podium ins Eingemachte. Immer häufiger mischte sich auch die Planfeststellungsbehörde (WSD) mit Fragen an den Vorhabenträger in die Verhandlungen ein. Kein Wunder!

Keiner der Gutachter war in der Lage, seine Ergebnisse nachzuweisen. Ob Lärm, Licht, Strömung, Umwelt, Schiffsgrößen oder

Mengenwachstum, nichts als Vermutungen. Fakten brachten die Gutachter nicht. Entschuldigt wurde dies dann mit falschen Eingangsdaten, auf welche man die Untersuchungen gestützt habe. Für die Eingangsdaten könne man natürlich keine Verantwortung übernehmen.

Selbst die Grundlagen des Projektes, 24 Liegeplätze, Tiefgang, nautische Gegebenheiten, private Beteiligung, Kapazitätsbedarf usw., wurden von Werner selbst als pressewirksame Hochglanzangaben beschrieben, welche selbstverständlich in der Realität nicht zu halten sind.

Als absolutes Trauerspiel in diesem Verfahren stellte sich die Wilhelmshavener Vertretung dar. Sie machte den Eindruck, alles einfach über sich ergehen lassen zu wollen.

Die WALLI hat in diesem Verfahren nicht nur mit dafür gesorgt, dass der heilige JadeWeserPort keinen Heiligenschein mehr hat, sondern dem Vorhabenträger konkret Kosten aufgelastet, welche ansonsten an der schon heute überschuldeten Stadtkasse hängen geblieben wären. Hier sei, neben vielen anderen Baumaßnahmen, der massive Umbau der Marktkaufkreuzung genannt. Diese Maßnahmen müssen nun, WALLI sei dank, vom Träger des Vorhabens bezahlt werden. Die eingesparte Summe für die Stadt dürfte im oberen 5-stelligen Euro-Bereich liegen. Der Oberbürgermeister ist seiner Verpflichtung, die Werte der Bürger zu schützen und unnötige Ausgaben zu vermeiden, wieder einmal nicht nachgekommen. Verspielt hat der OB durch die falschen städtischen Vorgaben an die Gutachter und die fehlenden Einwendungen im Termin auch den vierspurigen Ausbau der Autobahnverlängerung.

Nach den Erörterungen ist sicher, das Projekt JadeWeserPort hat keinerlei Grundlage mehr.



**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN  
DER STADT**

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven  
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Wahlalternative  
**Arbeit & soziale  
Gerechtigkeit**

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.  
Tel.: 04421-46 68 36  
[www.wahlalternative-whv.de](http://www.wahlalternative-whv.de)

# Endspurt

## Wer gewinnt den Wettlauf um die Südzentrale?

(iz) Während denkmalfachliche Bemühungen zum Erhalt des ehemaligen Marinekraftwerks "Südzentrale" aktuell sehr konkrete Formen annehmen und Anwohner juristische Wege beschreiten, um das Gebäude vorm Abbruch zu retten, lassen Politik und Hafenwirtschaft die Muskeln spielen.

Als am Abend des 10. September, einem Freitag, im Schutz der Dunkelheit schweres Abbruchgerät nebst Arbeitstrupp auf das Gelände der Südzentrale rollte, fürchteten Denkmalschützer das Schlimmste, liegt doch seit einem Jahr die Abbruchgenehmigung der Stadt vor. Doch vorerst fielen "nur" kleinere Nebengebäude der behördlich abgesegneten Zerstörungswut zum Opfer: der ehemalige Lokschuppen und ein Werkstattgebäude.

Dabei ist die Rechtslage noch gar nicht geklärt, denn ein Anwohner hatte Klage gegen die Abrissgenehmigung eingelegt. So wurden Polizei und Bauordnungsamt eingeschaltet, die den Abbruch der Nebengebäude aus Sicherheitsgründen für rechtens erklärten.

Erst eine Woche zuvor hatte sich der Bund Deutscher Architekten (BDA) der Frage gewidmet, ob und wie die Sicherung der Südzentrale und die hafengewirtschaftliche Nutzung in Einklang zu bringen sind. Die Stadt hatte die Abbruchgenehmigung damit begründet, dass der Erhalt wirtschaftlich nicht zumutbar sei. Das wollten die Bau- und Denkmalfachleute überprüfen. Organisiert wurde der dreitägige Workshop vom "Forum Wilhelmshaven: Erhalten die Südzentrale" und

der Bezirksgruppe Oldenburg des BDA. Drei Arbeitsgruppen aus je drei Architekten und zwei Architekturstudenten aus Berlin, Halle, Hildesheim, Braunschweig, Bremen, Delmenhorst, Oldenburg und Wilhelmshaven entwarfen Szenarien, wie das historische Ensemble in eine hafengewirtschaftliche Nutzung einbezogen werden könnte.

### Abriss schlechteste Lösung

Für die Sicherung des Baus, so ermittelten die Fachleute, wären zunächst 700.000 Euro erforderlich, weitere 300.000 für die Verkehrssicherung, die eine Zwischennutzung ermöglicht. Diese Investition von 1 Mio Euro entspricht im Ergebnis einem Neubauwert von 4 Mio Euro, also einer Ersparnis von 3 Mio Euro. Maximal 10 Mio Euro würde es kosten, eine hafengewirtschaftliche Nutzung um, in und mit der Südzentrale zu realisieren. Die Szenarien sind mit dem Leiter des Bauordnungsamtes, Herrn Witt, abgestimmt, so Corinna Janßen vom "Forum". Der Abbruch würde etwa 900.000 Euro kosten, also nur 100.000 Euro weniger als die Herrichtung für die Neunutzung. Danach wären weitere 7 Mio Euro für 15 Jahre Nutzung erforderlich. Unterm Strich halten die Teilnehmer des Workshops den Abriss aus denkmalpflegerischen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Gründen für nicht vertretbar.

Die "Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH" (WFG) will von den konstruktiven Vorschlägen - Hafengewirtschaft MIT Denk-

malsschutz - nichts hören. Geschäftsführer Wolfgang Frank sieht keine Chance, einen Investor für diese Lösung zu finden. Er wartete mit der sattsam bekannten Aussage auf, man habe 10 Jahre lang erfolglos versucht, eine wirtschaftliche Lösung zum Erhalt des Industriedenkmals zu finden. Richtig ist: Verschiedene Vorschläge verschiedener Eigentümer wurden von der Stadt nicht unterstützt, so dass schließlich auch der jetzige Eigner aus dem Osnabrücker Land die Lust verlor, weiterhin totes Kapital an der Nordsee zu verwalten. Städtische Unterstützung findet hingegen ein hiesiger Lebensmittelfroster, der das dann geräumte Gelände mit Lagerhallen bestücken will.

Unterdessen hatte Bolko Seifert, Nachbar der Südzentrale, einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht Oldenburg eingelegt, um zu verhindern, dass durch einen Abriss Fakten geschaffen werden, während seine Klage gegen den Abriss noch läuft. Der Rechtsanwalt und Notar kann

nicht nachvollziehen, dass hier ein bedeutendes städtebauliches Ensemble zerstört werden soll, "die Keimzelle der Stadt Wilhelmshaven", während er und seine Familie bei Bauvorhaben im Umfeld strenge Auflagen des Denkmalschutzes erhalten haben. Zudem schützt der Gebäudekomplex der Südzentrale (und das umgebende Grün - red.) die Anwohner vor Lärm und Staub, den die Umschlaganlagen am Kai verursachen. Zwischenzeitlich wurde der Eilantrag vom Gericht zurückgewiesen.

halten haben. Zudem schützt der Gebäudekomplex der Südzentrale (und das umgebende Grün - red.) die Anwohner vor Lärm und Staub, den die Umschlaganlagen am Kai verursachen. Zwischenzeitlich wurde der Eilantrag vom Gericht zurückgewiesen.

### Sachlichkeit statt Emotionen

In der jüngeren Vergangenheit hatten Wirtschaftsvertreter dem Forum Wilhelmshaven, namentlich Frau Janssen, vorgeworfen, rein emotional mit dem Thema umzugehen. Dabei wurden die Wirtschaftleute selbst polemisch und rutschten in ihrer Argumentation schon mal unter die Gürtellinie. Die sachliche und demokratisch legitimierte (und zudem konstruktive) Kritik des Forums an den Abrissbestrebungen richtet sich nach Empfinden des WFG-Aufsichtsrates "versteckt oder offen gegen die Stadt und die Hafengewirtschaft" und drohe "das Image der Stadt und ihrer Wirtschaft überregional zu beeinträchtigen." (aus WFG-Pressemitteilung vom 18.5.) Frau Janßen wird quasi als kleines Mädchen abgekanzelt, das zwangsläufig nur emotional agieren könne. "Es ist natürlich und verständlich, wenn jemand wie Corinna Janßen sich in den Gegenstand seiner Diplomarbeit romantisch verliebt", lästert WFG-Aufsichtsrats-Mitglied Lutz Bauermeister. Wer ist denn "jemand wie Corinna Janßen"? Nicht ernst zu nehmen von alten Männern, weil sie jung, hübsch, blond und eine Frau ist? Nicht mal aus der Politik ein Aufschrei gegen solch

menschenverachtende Äußerungen. Kein Wunder, dass viele junge Leute keinen Bock mehr auf Wilhelmshaven haben.

Die Denkmalschützer lassen sich jedoch von menschlicher, politischer und juristischer Härte nicht beirren. Sie agieren weiter auf hohem fachlichem wie menschlichem Niveau. "Wir wünschen uns einen fachlichen Austausch mit den Entscheidungsträgern, wie immer das Ergebnis anschließend aussieht" so die Wilhelmshavener Architekten Hannes Griesemann und André Winter. Am 9. Oktober werden die Ergebnisse des Architektenworkshops der Öffentlichkeit präsentiert. Zuvor findet ein Fachkolloquium statt, das Prof. Thumm (Hildesheim) moderiert. So lange will der Eigentümer die Südzentrale noch stehen lassen - wenn das Bauordnungsamt die Verantwortung für das schlecht abgesicherte Gelände übernimmt.

"Wir meinen, dass wir mit unseren Arbeiten zeigen, dass eine Revitalisierung des historischen Areals 'Südzentrale' große Chancen für eine zukünftige und nachhaltige hafengewirtschaftliche Entwicklung bietet", erklären Janßen und Griesemann. "Diese Potenziale sollten jedoch einmal gehört werden, um sich dann für oder gegen die 'Südzentrale' zu entscheiden."

*Öffentliche Präsentation und Diskussion der Ergebnisse des BDA-Architektenworkshops "Kraftwerk Südzentrale Wilhelmshaven" mit Ausstellung am Samstag, 9. Oktober 2004, um 14 Uhr im Wattenmeerhaus, Südstrand 110 b.*

## Fragen Sie Dr. Sommer

Am "Tag des Offenen Denkmals" (12.9.2004) wurde der Denkmal- und Architekturexperte und frühere Leiter des Hochbauamtes, Dr. Ingo Sommer, mit der Landschaftsmedaille der Oldenburgischen Landschaft ausgezeichnet, wo er Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Baudenkmalpflege ist. Die "WZ" (13.9.) berichtete: "Sommer ... mahnte die Verantwortlichen der Stadt, das architektonische Erbe zu bewahren. Wie schön könnte Wilhelmshaven heute noch aussehen, wäre in der Vergangenheit nicht so viel gesündigt worden, meinte der Geehrte. Ob Pumpwerk, Südstrand, Wasserturm oder die Sprossenfenster in Siebethsburg - was den Menschen heute lieb sei, habe nur mit Kämpfen erhalten werden können."

Dem ist nichts hinzuzufügen. Aus beruflichem Munde kommt die Ermunterung an die Aktiven des Forums zum Erhalt der Südzentrale, weiterzumachen - auch wenn sich Sommers Appell eigentlich an deren Widersacher richtet. Dort wird er erfahrungsgemäß abprallen, aber gewissermaßen als Querschläger neue Energie bei denen entfachen, die Gesicht und Geschichte der Stadt bewahren wollen.

Schade nur, dass Dr. Sommer Wilhelmshaven verlässt. Wir wünschen ihm in seiner neuen Heimat einen schönen Unruhestand und denen, die sein Erbe bewahren, den Leuten vom "Forum" und ihren fachkundigen Beratern und Unterstützern, weiterhin viel Energie. Was immer mit der Südzentrale passieren wird: Ihr Engagement wird nicht umsonst gewesen sein und einen bleibenden Platz in der Wilhelmshavener Geschichte behalten.

**Imke Zwoch**

# Reformlüge

## Wir brauchen keinen Reformwahn, sondern vernünftige Analysen

(noa) Am 18. Oktober wird Albrecht Müller im Pumpwerk aus seinem Buch "Die Reformlüge" vortragen. Der Besuch dieser Veranstaltung sei allen ans Herz gelegt, die meinen, dass die gegenwärtige Reformpolitik falsch ist, und die Argumente brauchen, um nicht durch die öffentliche Meinungsmache manipuliert zu werden.

Seit dem Jahreswechsel 2002/2003 ist die Regierung, unterstützt von der Opposition und dem Großteil der Medien, begeistert gelobt von der Wirtschaft, in eine regelrechte "Reformorgie" verfallen, und ein Jahr später hieß es: "Nach der Reform ist vor der Reform." Das Kernproblem, dass die Wirtschaft in Deutschland seit Jahren nicht ausgelastet ist, wird dabei aus den Augen verloren und nicht mehr berücksichtigt. In einem "kollektiven Wahn" werden Erregenschaften, die fünfzig Jahre lang gut funktioniert haben, immer mehr abgebaut, wodurch das Problem weiter verschärft wird.

150 Milliarden Euro jährlich gehen verloren, weil die Wirtschaft nicht ausgelastet ist, so rechnet Müller vor. Mit einer Senkung der Löhne sinkt die Binnennachfrage, was die Unterauslastung der Wirtschaft weiter vorantreibt. Wir sehen in Wilhelmshaven und Umgebung die Wirkungen im Moment deutlich: Nach vielen kleineren Geschäften schließen nun auch große; Peek&Cloppenburg verlässt Wilhelmshaven zum Jahresende, und Karstadt will seine hiesige Filiale loswerden.

Müller zitiert den "Stern", der den seit einiger Zeit laufenden Vorgang als "Revolution von oben" bezeichnet. Im Grundgesetz ist Deutschland als "demokratischer und sozialer Rechtsstaat" beschrieben, und der stattfindende Systemwechsel durch die rasche Folge von Reformen, die an allen sozialen Sicherungssystemen drastische Abstriche vorsehen, kommt tatsächlich einer Revolution

von oben gleich. Dabei behaupten die Befürworter der Reformen, sie würden mehr Beschäftigung und damit eine Ankurbelung der Wirtschaft bringen. Wie genau diese oder jene Veränderung das vollbringen soll, erklären sie dazu nicht. Die bisherigen Reformen haben das Ziel denn auch verfehlt: Die Arbeitslosigkeit sinkt nicht.

"Nachplapperei statt Analyse" nennt Albrecht Müller den publizistischen Vorgang,

den wir seit dem Startschuss zur verschärften Reformitis beobachten können. Auf eine Auswertung von Daten verzichten diejenigen, die uns immer wieder sagen, dass eine höhere Beteiligung an den Gesundheitskosten, eine private Altersvorsorge, eine Senkung der Arbeitslosenunterstützung usw. nötig seien; sie sagen es, weil jemand anders es gesagt hat, weil es im Fernsehen gesagt wird, weil es in der Zeitung stand, und Politiker sagen dann "Wie wir alle wissen..." oder "Es ist unbestritten..."

Im ersten Teil seines Buches hat Albrecht Müller die Hintergründe skizziert,

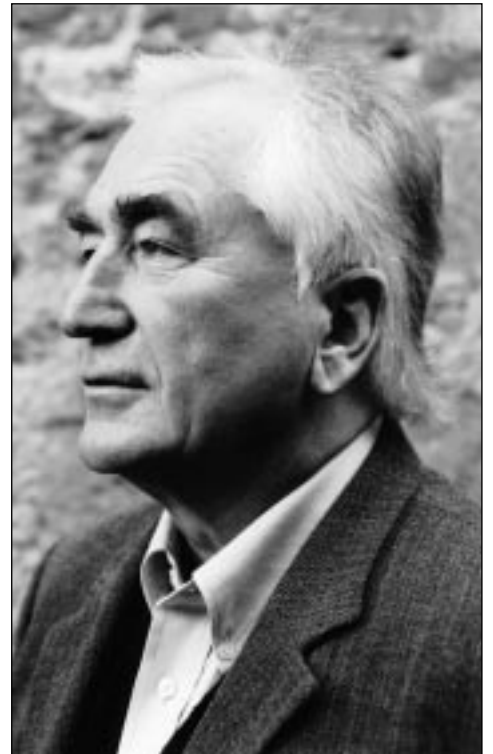
vor denen seit einiger Zeit "eine Reformsau nach der anderen durchs Dorf getrieben wird". Er erläutert hier die Wirkungslosigkeit der bisherigen Reformen, die Mechanismen, mit denen der kollektive Reformwahn funktioniert, die Methode, mit der die Bevölkerung dazu gebracht wird, etwas Unwahres zu glauben und gut zu heißen, was ihr schadet.

Im zweiten, umfangreicheren Teil des Buches nennt und erklärt der Autor die "40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren" - dass wir uns in einer völlig neuen Situation befänden, in der alle bisher funktionierenden Mittel nicht mehr greifen könnten, sondern schädlich seien; dass wir deswegen die permanente Reform bräuchten; dass wir vom Export lebten; dass eine längere Arbeitszeit notwendig sei; dass Arbeitsverhältnisse, wie wir sie seit Jahrzehnten kennen, nicht mehr passend seien und mehr Selbständige nötig seien; dass Steuersenkungen zu Investitionen und zu mehr Arbeitsplätzen führen würden usw. usw. - und er widerlegt sie.

Natürlich leugnet auch Müller nicht, dass wir "ohne Zweifel wie jede moderne Gesellschaft zu jeder Zeit Reformbedarf haben". Doch er bestreitet, dass für die Lösung unserer Probleme Sozialabbau und Einschnitte in

unsere Rechte erforderlich seien. Im Gegenteil: Wenn es der großen Masse gut geht, geht es auch dem Land insgesamt und den zukünftigen Generationen gut.

Albrecht Müller ist bestimmt kein verträumter Spinner, der wehmütig den vergangenen guten Zeiten nachhängt: Geboren 1938 in Heidelberg, hat er nach einer Lehre Volkswirtschaft und Soziologie studiert. Danach arbeitete er zunächst am Institut für Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität München. Ab 1968 war er der Ghostwriter des damaligen Wirtschaftsministers Karl Schiller. Von 1970 bis 1972 war er als Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des SPD-Parteivorstandes maßgeblich am Wahlkampf Willy Brandts beteiligt. Von 1973 bis 1982 arbeitete er als Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt, und von 1985 bis 1988 gehörte er der Wahlkampfmannschaft des niedersächsischen Spitzenkandidaten Gerhard Schröder an. Von 1987 bis 1994 war er Mitglied des Bundestages. Nach dieser Ausbildung und diesen Tätigkeiten weiß er, wovon er spricht!



### Einladung

Albrecht Müller liest aus seinem Buch

### Die Reformlüge

40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren

am 18. Oktober 2004  
um 19 Uhr  
im Pumpwerk

Es laden ein: der DGB, die IGM, die IG BAU und ver.di  
Das Buch ist erschienen im Droemer Verlag und kostet 19,90 Euro.

# Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak  
Legasthenietherapie  
Lese-/Rechtschreibtraining  
Diagnose und Beratung  
Auskunft und Anmeldung  
04421 - 99 64 70



# Partei neuen Typs

**Die Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit stellt sich in W'haven vor**

(noa/ub) Der bundesweit gegründete Verein "Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit" (WAsG) hat sich am 6. September auch in Wilhelmshaven präsentiert. Mit gut 30 Besucherinnen diskutierten das Bundesvorstandsmitglied Axel Troost, Uwe Liebe von der Gewerkschaft ver.di, Hinrich Albert (WW-Betriebsrat) und Werner Dalichow (ehemals SPD) im "Orange" (Pumpwerk) über die aktuelle politische Lage und stellten die alternative Sichtweise der WAsG vor.

Der Zeitpunkt - an einem Montag um 19.00 Uhr - war wohl nicht ganz glücklich gewählt für diese Infoveranstaltung. Waren doch die meisten derjenigen, die gerade in der WAsG zukünftig wieder eine Möglichkeit sehen, ihre Stimme auf dem Wahlzettel sinnvoll zu vergeben, noch auf der Montagsdemonstration gegen das Hartz IV-Gesetz. Der Beginn der Veranstaltung wurde etwas verschoben, und die Podiumsteilnehmer beklagten sich zwischenzeitlich über die örtliche Presse, denn diese hatte die erste öffentliche Veranstaltung der WAsG mit keinem Wort erwähnt. Ein Lob ging dagegen an den Gegenwind: Wir hatten in unserer Septemberaus-

gabe die programmatischen Eckpunkte des Vereins ausführlich vorgestellt und Axel Troost nach den Motiven der Vereins- und möglicherweise Parteigründer befragt.

## Vom Verein zur Partei

Noch sind sie nur ein eingetragener Verein, die Männer und (die wenigen) Frauen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Doch die Aktivisten der ersten Stunde sind sich sehr sicher: Am 27. November 2004 auf der Bundesdelegiertenkonferenz wird die Parteigründung beschlossen. Und allerspätestens 2006 bei der Bundestagswahl wird sich die "Wahlalternative" auf dem Stimmzettel wiederfinden.

## Prognosen

Bewusst hat man diesen Weg zur Parteigründung gewählt. "Erst sollen im Verein möglichst viele Menschen gesammelt werden", so Axel Troost, und: "Die Parteigründung soll nicht im Hinterzimmer erfolgen." Derzeit zählt der Verein rund 4.400 Mitglieder bundesweit, und schon bis November dieses Jahres soll diese Zahl annähernd verdoppelt werden. Die Bundesdelegiertenkonferenz wird zwar erst im November 2004 über die Zukunft des Vereins beschließen. Glaubt man aber den Prognosen der Meinungsforscher, so steht schon jetzt fest, dass diese neue Partei sicher die Fünf-Prozent-Hürde überspringt. Als drittstärkste Kraft im Bundestag wird die WAsG bisweilen gehandelt. Einen Stimmenanteil von 11 Prozent wurde ihr unlängst bei einer Umfrage im n-tv zugesprochen. Optimistischere Stimmen sprachen auf der Pumpwerkveranstaltung von möglichen 15 bis 20 Prozent.

## Gretchenfragen

Blind in eine neue Partei reinstolpern, nur weil sie neu ist, will wohl niemand. Die BesucherInnen stellten den Vertretern der WAsG einige kritische Fragen.

Zum Beispiel: "Wie haltet ihr's mit der PDS?" - Die Gründung der WAsG, so Liebe, beruht u.a. auf der Einsicht, dass aus der PDS im Westen nichts werden wird. Für die Bundesbürger in den alten Bundesländern ist die PDS als SED-Nachfolgepartei "verbrannt" und wird deshalb bundesweit nicht stark genug werden, um der großen Koalition aus "Reform"parteien etwas entgegenzusetzen zu können. Außerdem, so Troost, tritt die PDS zwar als Gegner des Sozialabbaus auf, doch wo sie an der Regierung beteiligt ist, trägt sie den Sozialabbau mit.

Zum Beispiel: "Wie haltet ihr's mit Oskar Lafontaine?" - Es gibt Gespräche mit Oskar Lafontaine. Wenn er der WAsG beitreten sollte, dann als normales Mitglied. Seine prominente Stellung würde ihm keine besondere Position in der WAsG sichern. Sein Sachverstand wäre willkommen, aber "es stimmt



nicht, dass wir ihn brauchten". Außerdem: Wer so schnell die Brocken hinschmeißt, sich aber scheut, konsequent die Partei zu verlassen, sich auch als "Wackelkandidat" in einer neuen Partei gefürchtet. Vielen, die in der neuen Partei die ehemals bei den Grünen stark entwickelten basisdemokratischen Ansätze begrüßen, ist Lafontaine schlichtweg zu machtvoll.

Und dann noch: "Was würdet ihr tun, wenn ihr bei der Bundestagswahl genug Stimmen bekämt, um eine Koalition bilden zu müssen? Mit wem würdet ihr koalieren?" - Mit einem Wahlergebnis, das sie vor diese Situation stellen würde, rechnet die WAsG nicht. Dafür wäre erforderlich, dass sie stärkste oder wenigstens zweitstärkste Partei würde und die anderen Parteien so schwach, dass sie keine Regierung bilden könnten, und so radikal ändert sich in Deutschland das Wahlverhalten nicht. Außerdem ist man nicht unbedingt auf Regierungsbeteiligung scharf. "Wir wollen eine andere Wirtschaftspolitik. In den anderen Parteien sind viele, die das auch wollen, aber es nicht mehr wagen, sie zu fordern. Im Bundestag darüber zu sprechen und zu zeigen, dass sie möglich und nötig ist, wird schon viel bewirken."

## Statt Spaltung..

Ob denn diese Parteigründung nicht die linke Bewegung spalten würde, war eine Frage aus dem Publikum. Ein von der eigenen Organisation enttäushtes langjähriges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gab, ebenfalls aus dem Publikum, die Antwort: "Die wirklichen Spalter sitzen in der 'Schroder-Partei' und treiben mit ihrer arbeitnehmerfeindlichen Politik die Genossen tausendfach aus der SPD." Außerdem will man mit dieser neuen Organisation "eine Partei neuen Typs schaffen" (Uwe Liebe), die sich als Teil der gesamten sozialen Bewegung versteht und möglicherweise auch Mitglieder aus anderen Parteien integriert.

## ..lokale Kooperation?

Besonders zahlreich waren auch Vertreter der Wilhelmshavener Wahlalternative Walli auf der Veranstaltung vertreten und an der Diskussion beteiligt. Man habe, so Joachim Tjaden (Walli) beim Vergleich der programmatischen Aussagen beider Organisa-

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL  
**KLING KLING**

WHV Zentrum  
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr  
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken  
Partys - Konzerte

Freitag, 1. Oktober  
**GLOOMY FRIDAY**  
EBM - 80's - DarkWave - event

Freitag  
15.10. Blues - Rock

**STEPPING OUT**

Freitag, 29.10. 21 Uhr  
**MAXIMUM** Rock-Metal-Punk-Pop  
Vol.1

**PSYCHOPHONES**  
**AROHMA**  
+ Gäste

...und DU bist dabei!

[www.kling-klang-whv.de](http://www.kling-klang-whv.de)

tionen "mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede" festgestellt. Ob die zukünftige Partei überhaupt an Wahlen auf kommunaler oder Landesebene teilnehmen wird, vermochten die Podiumsteilnehmer nicht abschließend einzuschätzen. Denkbar ist, dass die WASG zumindest auf kommunaler Ebene den schon etablierten Wählergemeinschaften das Feld überlässt und dann auch kommunale Vertreter dieser Parteien den Bundeswahlkampf der WASG unterstützen.

### Frauen und andere "Minderheiten"

Das Podium war zu 100 Prozent männlich besetzt. Auf Nachfrage aus dem Publikum teilte Axel Troost mit, "dass der Frauenanteil bei den Vereinsmitgliedern bundesweit derzeit bei 20 Prozent liegt". "Der politische Gegner schafft und verschärft die Bedingungen, die es Frauen schwer machen, sich politisch zu betätigen!", sagte Uwe Liebe. Ziel sei es jedoch, diesen Anteil deutlich - "auf 50 Prozent" - zu erhöhen. "Aber bitte keine Quotenfrauen", stöhnte daraufhin eine bei verdi engagierte Betriebsrätin der Post.

Ähnlich unterrepräsentiert wie die Frauen sind in der WASG derzeit auch junge Menschen. Allenfalls 20 Prozent der TeilnehmerInnen der Pumpwerkveranstaltung konnte man denn auch bei wohlwollender Betrachtungsweise dieser Zielgruppe zuordnen.

### Bekenntnisse

"Ich möchte in Berlin wieder Volksvertreter haben", bekennt ein junger Mann, der bislang noch nie politisch aktiv war. "Ich bin so alt wie Methusalem und war immer politisch aktiv", outet sich eine 86-jährige Frau, die in jungen Jahren Kommunistin war, mangels Partei seit Jahren ihr politisches Bewusstsein und Interesse auf kleine, aber deshalb nicht weniger wichtige Einzelfragen des Alltags richtet. Sie hofft auf eine Partei, die sich wieder basisdemokratisch entwickeln kann. Und darauf, dass diese Partei Schulungen anbietet und die Menschen wieder politisiert werden.

"Die SPD hat mich verlassen", sagen mehrere ehemalige SPD-Mitglieder, die entweder erst jetzt oder schon länger ihrer Partei den Rücken gekehrt haben, weil sie nicht mehr sozialdemokratisch ist.

### Sozialer, gerechter - und dann?

Die Wut und Empörung aller Beteiligten über die derzeitige politische Entwicklung machte sich auch auf dieser Veranstaltung der WASG an Hartz IV fest. Uwe Liebe: "Hartz IV ist der grausame Endpunkt einer Entwicklung, die schon mit der Renten- und Gesundheitsreform begonnen hat." Alle Podiumsteilnehmer betonten in ihren Auftaktstatements, dass die Ungerechtigkeiten, die durch Hartz IV entstehen, und die besondere Benachteiligung der sozial schlechter gestellten Menschen sie persönlich (wieder) zum politischen Handeln aktiviert hat. Die Grundgedanken der Wahlalternative zielen denn auch auf den Schutz und Ausbau noch vorhandener Arbeitnehmerrechte ab. Die Gründer der WASG haben sich die Erneuerung des Sozialstaats statt des sozialen Kahlschlags auf die Fahnen geschrieben (siehe auch Gegenwind Nr. 201). - Kritische Anmerkung von Eckard K., einem Urgestein des linken SPD-Flügels: "Wer eine wirkliche Alternative zum Kapitalismus entwickeln will, darf sich nicht nur mit der sozialen Frage beschäftigen."

# Laufen gegen den Krebs

## Der 4. Ems-Jade-Lauf steht bevor

(noa) Wie kommt man als Ruheständler-Ehepaar an einen Vollzeit-Job? Wie die Jungfrau zum Kind! Irmgard und Jürgen Schlundt vom "Running Team" Wilhelmshaven wurden vor vier Jahren mal gefragt, ob sie nicht ein bisschen mithelfen könnten, z.B. beim Kaffeeausschank oder so. Diese kleine Gefälligkeit hat sich in den Jahren zu einem sehr arbeitsreichen, aber auch sehr befriedigenden Ehrenamt entwickelt.



Zusammen mit dem Ehepaar Martina und Sven Huth und einigen Anderen organisieren sie auch in diesem Jahr den letzten Abschnitt des Ems-Jade-Laufs.

Dieser ist - als Teil der BARMER/Bams/ZDF-Aktion "Deutschland bewegt sich" - eine Herausforderung für Menschen, die sich noch längere Strecken als die 42,195 km eines Marathonlaufes zutrauen. Gleichzeitig ist er aber auch ein großes Wohltätigkeitsprojekt.

Vom Emdener Rathaus bis zur Sporthalle Süd zwischen Rhein- und Weserstraße, immer am Ems-Jade-Kanal entlang, misst die Strecke 72 Kilometer. Man muss allerdings nicht unbedingt die ganze Strecke allein laufen: Es treten auch Staffeln an, die sich die Strecke teilen und deren EinzelläuferInnen Abschnitte zwischen 4,5 km und 11 km wählen können.

Verschiedene Sportvereine und Lauftreffs betreuen entlang der gesamten Strecke die Teilabschnitte. Das Wilhelmshavener Running Team ist verantwortlich für die letzte (und längste) Etappe von Dykhausen nach Wilhelmshaven.

Was man da alles bedenken, planen und in die Wege leiten muss, ist in den letzten Wochen vor dem Lauf eine Vollzeitbeschäftigung: Am Wechsellpunkt in Dykhausen und einigen anderen Stellen stehen Helfer mit Erfrischungen bereit und passen auf, dass die Läufer im Eifer des Gefechts nicht etwa den Verkehr und sich selbst gefährden. Die Erfrischungen müssen zuvor von Sponsoren erbeten werden. Hunderte von Trinkbechern und Küchentüchern müssen mit dem Wasser und den Kräckern an die Stationen gebracht werden.

Am Zielort sorgen die ehrenamtlichen Helfer aus Wilhelmshaven nicht nur für die Stärkung der LäuferInnen, sondern gestalten auch die Siegerehrung und eine Party. Sie haben von verschiedenen Organisationen Bierzeltgarnituren geborgt, die sie natürlich nicht einfach so in die Sporthalle stellen können; die

muss erst einmal mit einem stabilen Teppich ausgelegt werden. Kaffee und Kuchen, Kaltgetränke und belegte Brötchen, Suppe und das ganze dazu benötigte Geschirr und Besteck müssen bis zum späten Vormittag des 10. Oktober vorhanden sein (und am Montag muss die Halle wieder im Originalzustand für den laufenden Sportbetrieb zur Verfügung stehen).

Neben den Ehrenamtlichen des Running Teams tragen viele weitere Menschen zum Gelingen dieses großen Ereignisses bei. Viele Wilhelmshavener Betriebe geben Sachspenden und Geldbeträge. Nicht nur die schon erwähnten Stärkungen für die SportlerInnen und die Speisen und Getränke für die Party, sondern auch Sachspenden für eine Tombola, die bei der Party stattfinden wird, hat das Running Team von ihnen erhalten. Die ganze Liste dieser Firmen und Organisationen wäre zu lang für diesen Artikel; um niemanden zu bevorzugen oder zu benachteiligen, nennen wir hier keinen von ihnen.

Zwei auswärtige Sponsoren seien allerdings erwähnt: Die größte Geldspende kommt von der Firma Carl Wilh. Meyer. Unsere älteren LeserInnen erinnern sich noch an Eisen-Meyer in der Gökerstraße - dieser Betrieb mit Sitz in Oldenburg hat mit Erfolg Kunden und Lieferanten um einen Euro pro gelaufenem Kilometer gebeten. Um die 10.000 Euro kamen so zusammen. Der am weitesten entfernte sitzende Sponsor ist die Erdinger-Brauerei, deren Beitrag in einer erklecklichen Menge Weißbier besteht.

Das fließt dann bei der Party am 10.10. ab 14 Uhr in der Sporthalle, zu der das Running Team nicht nur Läufer und andere Sportbegeisterte, sondern jeden einlädt. Schon außerhalb der Halle wird "Sambaracuda" jeden eintreffenden Läufer mit Trommeln begrüßen, und die indianische Gruppe "Los Legendos" wird die Siegerehrung musikalisch untermauern, auch sie unter Verzicht auf eine Gage.

Was hat das ganze mit Krebs zu tun? Der gesamte Reinerlös aus dem Lauf wird dem "Verein für Leukämie- und Krebsforschung e.V." in Aurich zur Verfügung gestellt, der den Zweck verfolgt, die Erforschung der Leukämie und anderer Krebserkrankungen zu unterstützen.

Jonathan



Naturkost

### Unser Bio-ABC:

Ayurvedische Tees, Braunhirse, Camembert, Dinkel, E'sener Brot, Flohsamen, Grüntee, Honig, Ingwer, Jasminreis, Kamut, Lavaerde, Mango(Id), Naturkosmetik, Olivenöl, Pesto, Quittensaft, Rucola, Schafsjoghurt, Tofu, Ursäfte, Vanille, Weine, Xanthophylle, Yogitee, Ziegenkäse. Zum Beispiel ...

# Vieles bleibt unklar

## Der Besuch des AA-Leiters bei der ALI ließ viele Fragen offen

(noa) Wahrscheinlich sind die regelmäßigen BesucherInnen der ALI-Versammlungen die bestinformierten Menschen in Wilhelmshaven bezüglich Hartz IV und Alg II - was im Gesetz steht, haben sie in den letzten Monaten genauestens untersucht. Immer noch unklar ist jedoch auch ihnen, ob sie nächstes Jahr umziehen müssen.

"Wir erwarten nicht so sehr Neuigkeiten bezüglich der Leistungshöhe, die wir selbst aus dem Gesetz ablesen können, aber wir erwarten schon Informationen zur Auslegung der ‚angemessenen Unterkunftskosten‘, die ja in der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitsagentur und Stadt Wilhelmshaven geregelt werden müssen", erläuterte Günther Kraemmer, Vorsitzender der Arbeitsloseninitiative, in der Einladung zur September-Monatsversammlung der ALI, zu der der Leiter der Arbeitsagentur, Heinz-Wilhelm Müller, eingeladen war.

### Klarstellungen

"Wir sind eine streitbare Initiative", bereite te Kraemmer den Gast zu Beginn der Versammlung auf das vor, was er zu erwarten hatte: Im Saal war wohl niemand, der mit Hartz IV einverstanden wäre, und wenn sich Empörung äußern würde, dann wäre "es nicht persönlich gemeint".

Auch Müller machte seine Position als Vertreter der Arbeitsverwaltung vorab deutlich: Eine politische Diskussion sei nicht möglich, denn Gesetz sei Gesetz - er könne nur erläutern, wie die Wilhelmshavener Arbeitsagentur mit dem Gesetz umzugehen plane.

Klar sei auf jeden Fall, dass es ab Januar 2005 Arbeitslosengeld II geben wird. Die Software-Probleme (die immer wieder zu Hoffnungen auf einen Aufschub des Gesetzes Anlass geben) werden im Oktober gelöst werden, und "wenn nicht, machen wir es anders".

Im AA-Bezirk Wilhelmshaven ist der Rücklauf der Anträge gut: 22% der abgeschickten Fragebögen waren bis zum Morgen des 14. September abgegeben worden - bundesweit lag die Rücklaufquote darunter, und am 15. September wurden in den Radio-Nachrichten AA-Bezirke mit Quoten um die 5% genannt. Nach diesen einleitenden Klarstellungen gab es dann aber jede Menge Unklares.

### Umzug? Haus verkaufen?

Vieles um das Arbeitslosengeld II herum ist Ermessenssache. Es heißt dort, dass die Kosten einer "angemessenen" Unterkunft bezahlt werden. Kein Amt wird aber mitspielen, wenn die Miete für eine angemessen große Wohnung unangemessen hoch ist. Eine 90 m<sup>2</sup>-Wohnung zur ortsüblichen Miete für eine vierköpfige Familie werde von der Stadt übernommen, versicherte Müller. Die Höhe der hier ortsüblichen Miete wusste er jedoch auch nicht. Seiner Meinung gäbe es im Bezirk aber kaum Langzeitarbeitslose, die unangemessen teuer wohnen.

Wirklich beruhigt waren die Zuhörer aber nicht. "Was ist, wenn wir jetzt zu viert 90 m<sup>2</sup> haben, die Kinder aber später zur Ausbildung oder zum Studium die Stadt verlassen müssen?" oder: "Ich wohne allein in einer größeren Wohnung, die aber sehr billig ist. Muss ich umziehen?" Hier konnte Müller nur sagen, dass es da "wohl keine Probleme" geben wird - sicher war er auch nicht. Hingegen war

er jedoch sicher, dass es Einzelfälle geben wird, in denen Langzeitarbeitslose aus dem eigenen Haus, das noch nicht bezahlt ist, ausziehen müssen. In einem solchen Fall werden die Zinsen, nicht aber die Tilgungsbeträge als Unterkunftskosten gerechnet - irgendwie logisch, denn die Tilgung mehr ja das eigene Vermögen - doch wie man vom Alg II noch die Tilgungsraten abzweigen soll, ist fraglich, und die bedauernde Bemerkung einer Teilnehmerin, dass wohl viele ihr Häuschen verlieren werden, wird zutreffen.

### Was ist ein angemessenes Auto?

Wer kurz vor Eintritt seiner Arbeitslosigkeit einen Neuwagen gekauft hat, könnte außerdem auch diesen verlieren. Das "angemessene" Auto aus Hartz IV, das nicht in das einzusetzende Vermögen eingerechnet wird, ist in seinem Wert nicht definiert, aber Müller sprach von "etwa 5000 Euro". Ist das Auto mehr wert, wird der Mehrbetrag zum Vermögen und schmälert das Alg II. Da muss man schon Glück haben mit der Sachbearbeiterin und damit, wie sie mit ihrem Ermessensspielraum umgeht. Und was sie für plausibel hält. Denn: "Wie ermittle ich den Wert meines Pkw? Nach der Schwacke-Liste? Oder frage ich einen Gebrauchtwarenhändler?", wollte ein Zuhörer wissen. Müller nannte den Plausibilitätsgrundsatz: Wenn man plausibel erklären kann, dass der Wagen nur 5000 Euro wert ist, schmälert er das Alg II nicht. - Offenbar sind unter den BesucherInnen der ALI-Versammlungen Leute, die sich noch einen Wagen leisten können, und solche, die das nicht mehr schaffen. Einem von der letzteren Art wurde es hier wohl zu dumm, und er vergaß auch, dass Müller nicht politisch diskutieren wollte: "Können Sie mir sagen, wie ich von 345 Euro einen Wagen unterhalten soll?", fragte er ziemlich böse, und wie mehrere Male im Verlauf der Versammlung hatte Kraemmer alle Mühe, Herrn Müller, der ja nun wirklich nichts für das Gesetz kann, vor dem Volkszorn zu schützen.

### 1 Euro oder 6,50 Euro?

Die Frage nach den 1-Euro-Jobs wurde nicht sofort beantwortet. Heinz-Wilhelm Müller erklärte erst einmal, dass die "Eingliederungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose" in Wirklichkeit 6,50 Euro-Jobs sind: Alg II plus Miete plus Strom plus anrechnungsfreier Zuverdienst in Höhe von 1 Euro/Stunde dividiert durch die Anzahl der Arbeitsstunden ergibt (je nach ortsüblicher Vergleichsmiete) 6,50 Euro oder mehr - "und es gibt viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die weniger verdienen!"

Angesichts dieser Rechnung machte Ernst Taux, ehemaliger Sozialberater der ALI, die Gegenwind-Schreiberin flüsternd darauf aufmerksam, dass folglich ein Arbeitsloser ohne 1-Euro-Job einen unendlich hohen Stundenlohn hat. (Stimmt: Die Division jeder beliebigen Zahl durch Null ergibt die Lösung "unendlich".)

Und Müller betonte, dass dieser Aspekt des Hartz IV-Gesetzes doch eine Verbesserung für viele darstelle, da die (jetzt noch) Sozialhilfeempfänger dann im Vermittlungs- und Fortbildungsgeschäft drin sein werden.

### Auf jeden Fall nicht genug

Die folgende Diskussion zu diesem Punkt war gewürzt von Einschüben wie "... ich nenne sie jetzt doch mal 1-Euro-Jobs..." oder "... ich sage aber weiterhin 1-Euro-Jobs..." u.ä.

Wie viele dieser 1-Euro-Jobs die Wilhelmshavener Arbeitsagentur anbieten wird, wollte eine Teilnehmerin wissen. Alle Arbeitslosen bis zu 25 Jahren haben einen Rechtsanspruch, doch bezüglich der Betroffenen über 25 Jahre heißt es, dass sie "umfanglich berücksichtigt werden" sollen - auf Deutsch: Sie können eine solche Zuverdienstmöglichkeit angeboten bekommen oder auch nicht. Eher nicht, denn 1.000 bis 1.500 solcher "Stellen" für 6.000 oder 7.000 Arbeitslose sind et was knapp.

Was für Arbeit es sein wird, die man für einen zusätzlichen Euro/Stunde verrichten darf oder muss, wollte jemand wissen. Hier versprach Müller, dass bestimmt kein Langzeitarbeitsloser beim reichen Nachbarn das Unkraut wird jäten müssen - zusätzliche, bis jetzt nicht verrichtete Arbeit in der Kinderbetreuung, der Altenarbeit, im Breitensport sei geplant, und die Arbeitsagentur werde ganz genau aufpassen, dass die nachfragenden Institutionen und Organisationen nicht gleichzeitig oder vorher andere Beschäftigte entlassen. So etwas ist tatsächlich weitgehend kontrollierbar, denn die Liste der Betriebe, die solche Arbeitsmöglichkeiten anbieten wollen, kann verglichen werden mit den Angaben aus Arbeitslosmeldungen.

### Noch mehr Unklares

Schon in vorherigen ALI-Monatsversammlungen kam immer wieder die Frage nach der "58er-Regelung" auf und konnte nicht beantwortet werden. Die Hoffnung, dass Herr Müller als Vertreter der Arbeitsagentur endlich Aufschluss geben könnte, zerschlug sich allerdings: "Diese Frage muss von Berlin beantwortet werden; das ist im Gesetz nicht geklärt." Die über 58-jährigen Arbeitslosen, die für die Garantie auf Arbeitslosenhilfe bis zum Renteneintritt auf die Vermittlungsdienste des Arbeitsamtes verzichtet haben, wissen also weiterhin nicht, ob sie - bedingt durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe - ihrer Verarmung per Unterschrift zugestimmt haben.

### Was für eine Rechnung!

Am selben Tag, an dem die ALI ihre Versammlung abhielt, veröffentlichte die "WZ" die Informationen von Oberbürgermeister Eberhard Menzel zur Frage der Kosten einer "angemessenen Unterkunft". "Die Stadt ... werde ihr seit Jahren bewährtes und verwaltungsgerichtlich abgesichertes Verfahren zur Feststellung der Angemessenheit von Unterkunftskosten auch auf die Berechnung des Arbeitslosengeldes II anwenden. Dabei werden die anerkannten Höchstmieten (Kaltmiete einschließlich der Umlagen und ausschließlich Heizung) durch die fortlaufende Auswertung der Vermietungsangebote in der Tageszeitung ermittelt und fortgeschrieben." Alles klar?

# Weniger Lohn

## Die Reformen der Bundesregierung zeigen Wirkung - ein Beispiel

(noa) Seit September bekommen die Beschäftigten der Freien Sozialen Dienste Friesland weniger Geld. 5 % Abschlag auf die Gehälter der fest Angestellten sowie auf die Honorare der freien Mitarbeiter für mindestens ein halbes Jahr soll der gGmbH 5.000 Euro monatlich einsparen helfen.

Etwa 100 Mitarbeiter - 60 davon Honorarkräfte - sind betroffen.

Wie kann es zu so einer Situation kommen? "Ein Grund für das Problem sei eine neue Bedarfsberechnung des Landkreises Friesland bei der Eingliederungshilfe für psychisch Behinderte", berichtete die NWZ Mitte September. Rund 40 Personen haben die FSD im Kreis Friesland bis vor einiger Zeit betreut. Bei der Hälfte wurden die Anträge auf Verlängerung der Eingliederungsmaßnahme abgelehnt, und bei den verbliebenen wurden die Betreuungszeiten reduziert.

In Wilhelmshaven, wo die Freien Sozialen Dienste Friesland seit 1997 tätig sind und seit 1999 auch ein Büro unterhalten (vgl. GW 143 vom November 1997 und GW 153 vom Juli 1999), gibt es dieses Problem wie im Kreis Friesland nicht. Hier bekommt etwa die Hälfte der betreuten Personen zwar auch die Eingliederungshilfe nach dem BSHG, die andere Hälfte jedoch psychiatrische Krankenpfle-

ge, eine Krankenkassenleistung. Und als Folge der Gesundheitsreform (Hartz II) müssen die PatientInnen eine Zuzahlung leisten. Dies führte zu Beginn des Jahres auch in diesem Bereich zu einem Einbruch, denn viele eben aus der psychiatrischen Klinik entlassene Patienten schreckten davor zurück und verzichteten lieber auf die Nachsorge durch die FSD oder versuchten, mit einem geringeren Betreuungsumfang auszukommen, als die Klinik bzw. der Facharzt verordneten.

Wie viele von ihnen mangels Betreuung schnell wieder in der Klinik landeten, kann man nicht feststellen, ebenso wenig, wie man ermitteln kann, welche Mehrkosten durch teure Krisen der Kranken für den Kreis Friesland oder an anderer Stelle entstanden sind. Der Einbruch in der ambulanten psychiatrischen Pflege ist mittlerweile kompensiert, da die Menschen, die von den FSD betreut werden, ohnehin so hohe Gesundheitskosten haben, dass sie inzwischen ihr Prozent

vom Einkommen eingesetzt haben und von weiterer Zuzahlung befreit sind.

Was von der Gesundheitsreform jedoch bleibt, ist ein erhöhter Verwaltungsaufwand für die Pflegeinstitution, die natürlich auch Kosten verursacht.

In Wilhelmshaven arbeiten etwa 20 Männer und Frauen, davon fünf fest angestellt, die übrigen in so genannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen oder auf Honorarbasis, für die Freien Sozialen Dienste. Sie müssen jetzt wie ihre Vareler und Jeveraner KollegInnen ein halbes Jahr lang mit weniger Geld auskommen, wobei schätzungsweise die fest Angestellten, die nur dieses Einkommen haben, stärker betroffen sind als die Honorarkräfte, die hier ja nur einen Teil ihres Geldes beziehen.

Die sechs (oder mehr) Monate wollen die FSD nutzen, um ihre betriebliche Struktur zu verändern. Irgendwie muss der organisatorische Aufwand verringert werden, ohne dass die Arbeit mit den KlientInnen leidet.

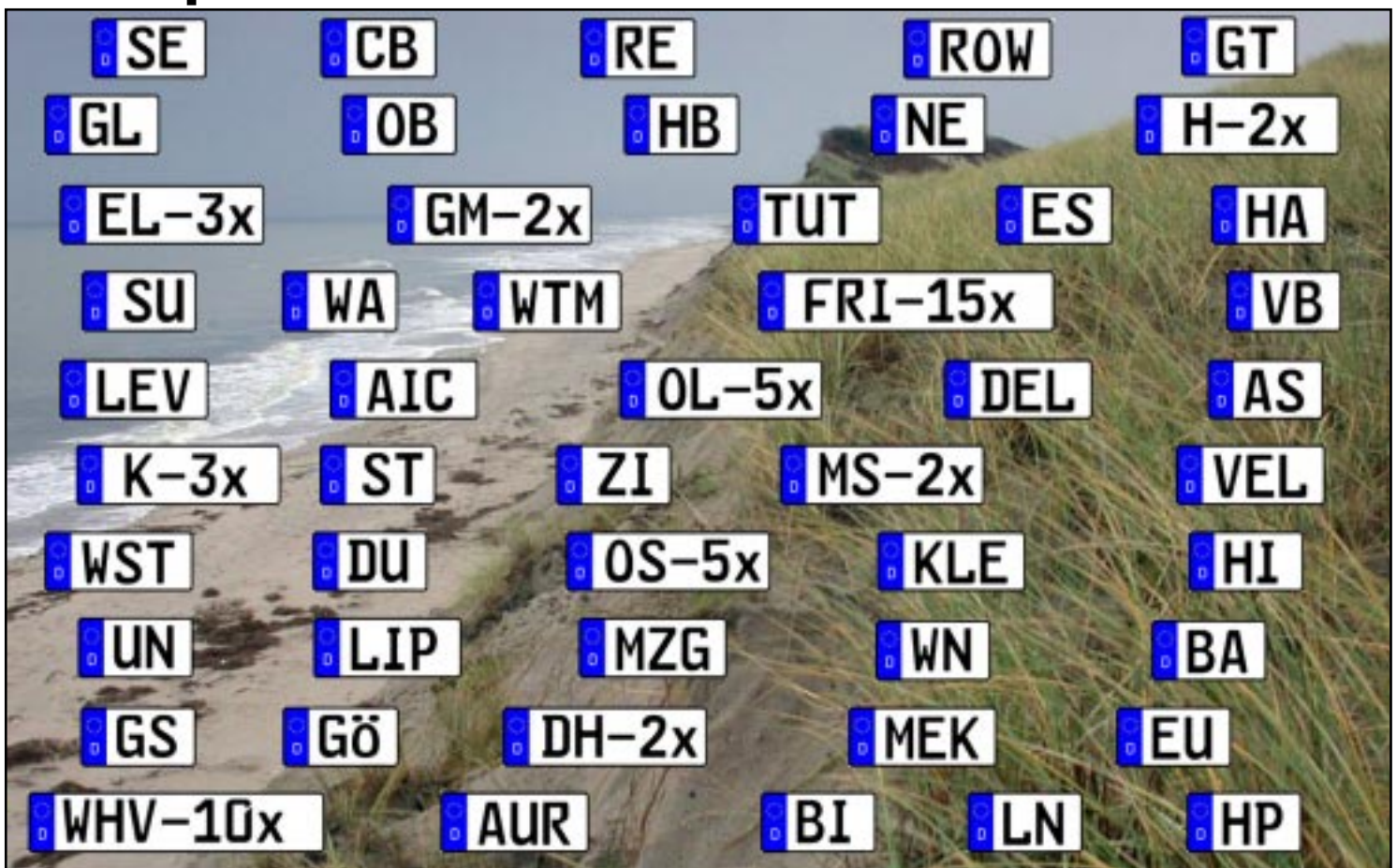
Wir werden weiter berichten.

### Mehr Arbeit, weniger Lohn

Noch ein Beispiel für die Wirkungen der Reformen ist das St. Willehad Hospital. Dort wird es wieder die 40-Stunden-Woche geben. Außerdem werden das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld gestrichen. (noa)

Anzeige

## 5. September 2004 - Am Geniusstrand



### Treffen der WALLI:

Jeden 1. u. 3. Montag im Monat um 20.00 Uhr in der Gaststätte "Am Kreuzelwerk" Freiligrathstr. 432, WHV

### WALLI

Wilhelmshavener Alternative Liste  
Tel./Fax: 04421 879249  
Internet: walli-whv.de  
E-Mail: Joachim-Tjaden@freenet.de

### Spendenkonto:

Postbank Hannover  
Konto Nr. 902894-309  
BLZ: 250 100 30  
Spendenquittung